

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post- | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
nebuhr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig. | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 7. März 1925

Nummer 19

Am Dienstag, dem 3. März, machte ein Herzschlag dem Dasein unsres lieben, treuen Kollegen

Gustav Eifler

ein Ende. Friedlich und schmerzlos ist er in der dritten Nachmittagsstunde aus dem Leben geschieden. Was der Verstorbene für die Organisation bedeutete, der er 5 1/2 Jahrzehnte angehört hat — in jungen Jahren als Vorsitzender des Breslauer Buchdruckervereins, dann als Vorsitzender des Berliner Gauvereins und von 1891 an dreißig Jahre hindurch als Verbandskassierer —, ist unsern Mitgliedern bekannt und wird noch an anderer Stelle die verdiente Würdigung finden. Seit Mai 1921 im Ruhestande lebend, hat unser Gustav Eifler bis zum letzten Atemzuge den Vorgängen im Verbande regste Aufmerksamkeit geschenkt. Seine unvergänglichen Verdienste um den Verband der Deutschen Buchdrucker sichern ihm ein ehrendes Andenken für alle Zeiten.

Berlin, den 4. März 1925.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Im fast vollendeten 78. Lebensjahre ist in den Nachmittagsstunden des 3. März 1925 in Berlin unser ehemaliger Verbandskassierer Gustav Eifler sanft entschlafen. Mit dem Verstorbenen ist ein Mann aus dem Leben geschieden, dessen treues Wirken in über 50-jähriger Tätigkeit im Verband der Deutschen Buchdrucker niemals vergessen werden kann. Nahezu dreißig Jahre lang, vom 1. Oktober 1891 bis 30. April 1921, war Gustav Eifler Hauptkassierer des Verbandes und hatte als solcher starken Anteil an der Entwicklung unsrer Organisation in engster Zusammenarbeit mit dem im Jahre 1918 verstorbenen Kollegen Emil Döblin.

Gustav Eifler ward geboren am 21. August 1847 in Breslau. Schon als junger Mann von 22 Jahren wurde er Vorsitzender der Breslauer Mitgliedschaft, und heute noch haben ihn unsre dortigen Verbandsveteranen als ihren ersten Vorsitzenden in ehrenvollem Gedächtnis. Mitte der siebziger Jahre führte ihn sein Schicksal nach Berlin, wo ihn das rege Organisationsleben fesselte und das Vertrauen der Kollegenschaft gar bald von Stufe zu Stufe auf verantwortungsvolle und arbeitsreiche Posten stellte; zuerst als zweiter und mehrere Jahre als erster Gauvorsitzender. Im Jahre 1888 wurde er Beisitzer im Verbandsvorstand und drei Jahre später schon Verbandskassierer. Der große und verlustreiche Neunstundenkampf im Winter 1891/92 war für seine Eigenschaft als Verbandskassierer eine gigantische Feuerprobe. Seine sparsame und wohlüberlegte Wirtschaftsweise ließ das Verbandsschiff nicht untergehen, sondern zeltigte nach wenigen Jahren eine Festigkeit der Verbandssinnzen, die die Wunden des schweren Kampfes für den Verband und seine Aufgaben bald wieder überwinden half. Seiner Aus-

dauer und vorsichtigen Abwägung der jeweiligen Verhältnisse war es nicht zum wenigsten zuzuschreiben, daß die Unterstützungsleistungen des Verbandes so müstergültig ausgebaut werden konnten und infolgedessen zu Bindegliedern der gewerkschaftlichen Solidarität und gegenseitigen Hilfe nicht nur für die deutschen Kollegen, sondern auch in der Buchdruckerinternationale wurden, deren Förderer und Berater der Verstorbene ebenfalls in vorbildlicher Weise war. Aber nicht nur als Vermögensverwalter des Verbandes war Gustav Eifler ein treuer und zuverlässiger Mann, sondern auch als Verfechter zweckdienlicher gewerkschaftlicher Grundsätze im Kampfe um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse für die gesamte Kollegenschaft zeichnete er sich durch große Sachkenntnis aus.

So lebt der Verstorbene als einer der Lehten aus der Ara Döblin-Eifler in unserm Gedächtnis fort, als Kollege, der unserm Verbande sein Leben von früher Jugend bis ins hohe Alter gewidmet hat.

Nur wenige Jahre der Ruhe am Abend eines arbeitsreichen Lebens waren ihm beschieden. Der Verlust seiner Lebensgefährtin, Ende 1923, drückte ihn schwer und ließ ihn so manche Altersbeschwerden um so empfindlicher in seiner Einsamkeit fühlen, unter die nun auch der Tod sein Siegel drückte.

An Gustav Eiflers Totenbahre vereinigen sich die kollegialen Gefühle der deutschen Buchdrucker in weihvollem Gedenken an den treuen Kameraden, dessen Sinnen und Trachten in mehr als fünfzigjährigem Wirken nur dem Verband der Deutschen Buchdrucker gewidmet war. Sein Leben und sein Wirken sind es wert von uns allen als vorbildlich geehrt und befolgt zu werden.

Der Abbau der sozialen Lasten

Der Geldzug der Unternehmer gegen die soziale Versicherung und die angeblich unerträglichen sozialen Lasten ist von steigendem Erfolge begleitet. Das Reichsarbeitsministerium hat zwar durch seine Veröffentlichungen den Nachweis geführt, daß eine soziale Überlastung in Deutschland nicht besteht, die in dieser Richtung von den Unternehmern aufgestellten Behauptungen hiernach auf maßlosen Übertreibungen beruhen. Dieser Widerstand war jedoch nicht von allzu langer Dauer. Schnell hat das Reichsarbeitsministerium umgelernt und sucht nun den Beweis zu liefern, daß auch im neuen republikanischen Deutschland die Regierung nur der willfährige Diener des Kapitals sein will. Das ist der Reichsregierung durch den Entwurf der Verordnung zur Verschlechterung der Krankenversicherung noch nicht ganz gelungen, weshalb sie ihm einen weiteren Entwurf zur Verschlechterung der Unfallversicherung folgen läßt. Was dieser Entwurf den unfallverletzten Arbeitern bietet, übersteigt bei weitem alles, was unter dem alten Regime für möglich gehalten werden konnte, denn selbst die wenigen darin enthaltenen Verbesserungen müssen ihnen für den Fall seiner unveränderten Annahme zu schweren Nachteilen ausschlagen.

Wie bei dem Entwurf zur Herabsetzung der Krankenversicherungsleistungen wird auch der neue Entwurf von der Tendenz beherrscht, Ersparnisse auf Kosten der Versicherten zu erzielen. Zu den beabsichtigten Verbesserungen gehört die Neuregelung des Heilverfahrens. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften haben bekanntlich die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung erst vom Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfall mit ihrer Heilfürsorge für den Verletzten einzusetzen; bis dahin sind die Krankenkassen leistungspflichtig. Den Berufsgenossenschaften steht aber das Recht zu, schon früher in das Heilverfahren einzutreten, um den Verletzten von Anfang an eine rationelle Heilbehandlung zur baldigen Wiederherstellung oder möglichst weitgehenden Erhaltung ihrer Erwerbsfähigkeit zu sichern. Von diesem Recht haben sie jedoch nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht. In sehr vielen Fällen waren die Krankenkassen gezwungen, die Heilbehandlung weit über die dreizehnte Woche hinaus fortzusetzen. Hierin soll eine Änderung infolgedessen eintreten, daß die Berufsgenossenschaften in bestimmten Fällen verpflichtet werden können, die Heilbehandlung früher zu übernehmen. Ferner will der Entwurf allen Verletzten, auch den nicht Krankenversicherungspflichtigen, eine sachkundige ärztliche Behandlung dadurch sichern, daß in jedem Falle die Heilbehandlung von einer Krankenkasse zu übernehmen ist. Für Versicherte ist bei einem Unfall die für sie maßgebende Krankenkasse, für Nichtversicherte die Allgemeine Ortskrankenkasse ihres Wohn- oder Aufenthaltsortes zuständig, so solche nicht besteht, hat die für den Wohn- oder Aufenthaltsort zuständige Land-Betriebs- oder Innungs-Krankenkasse die Heilbehandlung zu übernehmen.

Als eine die Heilbehandlung ergänzende Aufgabe weist der Entwurf den Berufsgenossenschaften die berufliche Fürsorge für den Verletzten zu, die bis jetzt nur für die Kriegsverwundeten besteht und sich dort gut bewährt. Die Berufsgenossenschaften hatten bereits unter den geltenden Vorschriften das Recht, in dieser Richtung tätig zu sein, haben aber davon so gut wie keinen Gebrauch gemacht. Nunmehr soll ihnen diese Aufgabe als Pflicht obliegen. Außerdem soll eine Erweiterung der Unfallversicherung auf die Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft, der Betriebe des Reichs und der Länder, der Betriebe zur Beförderung von Personen oder Gütern sowie zur Behandlung und Handhabung von Waren erfolgen, die gegenwärtig der Versicherung nur unterliegen, wenn sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebs hinausgeht. Desgleichen soll die schadenerhebende Tätigkeit der Berufsgenossenschaften eine Ausdehnung erfahren. Es wird ihnen die Verpflichtung auferlegt, daß Unfälle soweit als möglich verhindert werden und dem Verletzten eine möglichst wirksame erste Hilfe zuteil wird. Soweit wäre gegen die beabsichtigten Änderungen im wesentlichen nichts einzuwenden. Zu verlangen ist aber eine entsprechende Mitwirkung der versicherten Arbeiter bei den neuen Einrichtungen und die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Anstellten der zur Versicherung heranzuziehenden Kleinbetriebe.

Anders verhält es sich mit den Änderungen, die der Entwurf an den bestehenden Vorschriften über die Unfallerschädigung vornehmen will und die den für die Verletzten bedeutsamsten Teil desselben darstellen. Was die Befreiung des Zulagewesens und die Umstellung der alten Renten auf Goldmark betrifft, kann man mit der gestauten Reglung einverstanden sein, obgleich auch hier manche Härten zu befürchten sind. Auf keinen Fall dagegen mit der Festsetzung und Berechnung der Renten, weil sie nach dem Entwurf eintreten soll. Bisher geschah das in der Weise, daß zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes als Vollrente galten und aus dieser die Teilrenten festgesetzt wurden. Die Arbeiter haben sich gegen diese Berechnungsweise gewendet und als Vollrente den ganzen Jahresarbeitsverdienst gefordert. Demgegenüber will der Entwurf die alte Berechnungsweise beibehalten, weil nach seiner Begründung eine allgemeine Rentenerhöhung ausgeschlossen sei. Am liebsten den Schwerverletzten gegenüber den übrigen Verletzten eine Besserstellung einzuräumen, soll der Hundertsatz bei den Renten von 50 Proz. und darüber eine Erhöhung von 60% auf 70 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes erfahren. Daß diese Besserstellung der Schwerverletzten gar nichts bedeutet, bedarf keiner näheren Darlegung. Doch auch diese ungenügende Erhöhung der Bezüge wagt der Entwurf nicht etwa den Berufsgenossenschaften und damit den Unternehmern aufzuerlegen, sondern er will die hieraus entstehende Mehrbelastung von den Minderschwerverletzten tragen lassen.

Zur Durchführung dieser antisozialen Lösung soll der Berechnung der Renten unter 50 Proz. nur der halbe Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden, ferner sollen die Renten unter 20 Proz. ohne jede Abfindung in Weisfall kommen. Nur für die laufenden Renten in dieser Höhe schlägt der Entwurf eine Abfindung vor, die auch für die Renten bis zu 33% Proz. ausgelassen sein soll. Das Recht, für den Fall eintretender Verschlimmerung die Wiedergewährung von Rente zu verlangen, will der Entwurf den abgefundenen Verletzten belassen, die Abfindung aber auf die neuersetzende Rente in Anrechnung bringen. Ferner soll der Anspruch auf Krankenbehandlung und Berufsfürsorge bei allen Abgefundenen bestehen bleiben. Den in der Inflationszeit abgefundenen Ausländern wird eine Schadloshaltung ausgedient.

Nach dem Ausgeführten kann man der Begründung des Entwurfs zustimmen, daß die vorgeschlagenen Änderungen der Unfallversicherung zu einer Vermehrung der Belastung der Versicherungssträger nicht führen. Es hätte sogar mit vollem Recht behauptet werden können, daß sie dabei ein ausgezeichnetes Geschäft machen und die Wünsche der Unternehmer auf soziale Entlastung in weitestgehendem Maße berücksichtigt worden. In um so unerhörterer Weise werden dagegen die Verletzten durch diese Änderungen betroffen. Verletzte mit 20 Proz. Erwerbsunfähigkeit würden überhaupt keine Entschädigung mehr erhalten, den übrigen bis zu 50 Proz. erwerbsunfähigen Verletzten würde ein volles Drittel ihrer bisherigen Rente entzogen, damit eine kleine Anzahl Schwerverletzter ganze 33% Proz. Rentenaufbesserung erhalten. Schon dieser Vorschlag ist eine Ungeheuerlichkeit, die nicht überboten werden kann. Die finanzielle Wirkung dieses Vorschlags läßt sich leicht ersehen, wenn man berücksichtigt, daß die Renten bis zu 50 Proz. die weitaus überwiegende Mehrzahl bilden. Mit Bestimmtheit kann außerdem vorausgesetzt werden, daß die Rentendrückerei der Berufsgenossenschaften eine beträchtliche Verstärkung erfahren, der Anreiz dazu ins Ungemessene wachsen würde. Nach den bisher gemachten Erfahrungen würden die Berufsgenossenschaften damit in zahlreichen Fällen selbst dann Erfolg haben, wenn die Voraussetzungen dazu nach objektivem Ermessen nicht vorliegen. Die an sich durchaus begrüßenswerte Berufsfürsorge böte ihnen dazu eine willkommene Gelegenheit. Hiernach ist der Entwurf in dieser Form für die Arbeiter unannehmbar und erfordert die schärfste Bekämpfung. Mattukat.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Der arbeitsrechtliche Schuß der Schwerebeschädigten

Um die der wirtschaftlichen Verwendung der Schwerebeschädigten entgegenstehenden Widerstände einzuschränken, hat ihnen das Schwerebeschädigtengesetz eine gewisse Vorausstellung eingeräumt und den Arbeitgeber eine Einstellungspflicht auferlegt. Über den Umfang dieser Verpflichtung sowie über die Wirkung der Schwerebeschädigteneigenschaft besteht nach Angaben der Reichsarbeitsverwaltung in Nr. 4 des „Reichsarbeitsblattes“ in allen Kreisen, selbst bei den Hauptfürsorgestellen und Gerichten, weitgehende Unklarheit, die nicht zur Hebung der Rechtssicherheit beiträgt. Herbeigeführt wird diese Unklarheit vornehmlich durch die inzwischen eingetretenen Änderungen. Nach der Fassung des Gesetzes vom 23. Dezember 1922 sind Arbeitgeber, die einen Arbeitsplatz besetzen wollen, der sich für einen Schwerebeschädigten eignet, verpflichtet, diesem vor einem andern Bewerber den Vorrang zu geben. Die Zahl der auf die einzelnen Betriebe entfallenden Schwerebeschädigten wird durch den Reichsarbeitsminister bestimmt. Dieser hat durch Ausführungsverordnung vom 13. Februar 1922 bestimmt, daß ein Arbeitgeber, der über 20 bis einschließlich 50 Arbeitsplätze verfügt, einen, bei je 50 weiteren Arbeitsplätzen einen weiteren Schwerebeschädigten beschäftigen muß. Ein Überschuß von 20 wird dabei 50 vollen Arbeitsplätzen gleichgerechnet. Bei der Berechnung der Arbeitsplätze werden mehrere Betriebe eines Arbeitgebers in Bezirke der gleichen oder in Bezirken benachbarter Hauptfürsorgestellen zusammengezählt. Die Einstellungspflicht des Arbeitgebers besteht für jeden Fall, gleichgültig, ob sich bei ihm Schwerebeschädigte zur Einstellung melden oder nicht, und ist es seine Sache, derselben durch eigene Bemühungen nachzukommen. Dazu genügt, daß er sich bei Mangel an Schwerebeschädigten mit der Hauptfürsorgestelle seines Bezirks in Verbindung gesetzt hat, um einer Ruhe wegen vorläufiger oder grobfahrlässiger Übertretung des Gesetzes zu entgehen. Aufgabe der Hauptfürsorgestelle bleibt es in diesem Falle, geeignete Schwerebeschädigte aus andern Bezirken heranzuziehen. Die Entscheidung über Einstellung und Kündigung eines Schwereverletzten liegt bei der Hauptfürsorgestelle und dem Schwerebeschädigtenauschuß.

Anerkannt wird von dem Gesetz, daß die Möglichkeit, Schwerebeschädigte mükbringend zu beschäftigen, ebenso die Eignung der Schwerebeschädigten zu solcher Beschäftigung in jedem Falle verschieden ist. Es muß aber dem Arbeitgeber anheim gegeben werden, sich damit abzufinden und durch Auswahl der in seinem Betriebe geeignetsten Arbeit sowie des geeigneten Schwerebeschädigten, die ihn treffende Aufgabe zu erledigen. Hierbei wird angenommen, daß im allgemeinen in jedem Betriebe eine der Bruchteilbestimmung des Reichsarbeitsministers entsprechende Zahl von Stellen vorhanden ist, die sich für Schwerebeschädigte eignen. Ist das ausnahmsweise nicht der Fall, so bietet § 6 Absatz 2 und 4 des Gesetzes gewisse Erleichterungsmöglichkeiten. Diese werden jedoch nur dann wirksam, wenn die Hauptfürsorgestelle das Nähere geregelt hat. Einen Rechtsanspruch auf diese Erleichterungen, die in teilweiser oder völliger Befreiung von der Einstellungspflicht bestehen, kann der Arbeitgeber nicht geltend machen. Gegen die Verletzung der Befreiung durch die Hauptfürsorgestelle ist ihm nur das Recht der Beschwerde an den Schwerebeschädigtenauschuß gegeben. Sämt dieser an der Verletzung fest,

so ist auch das Gericht, das etwa in Bußverfahren die Sache zu behandeln hat, an diese Entscheidung gebunden. Das gleiche gilt für die Verlegung der Zustimmung zur Kündigung eines Schwerverletzten, und zwar selbst dann, wenn die Hauptfürsorgestelle gegen die einschlägigen Vorschriften der §§ 14, 15 und 16 verstößt hat. Auch in diesen Fällen hängt die Wirksamkeit der Kündigung eines Schwerverletzten von der Hauptfürsorgestelle ab, die nicht durch gerichtliches Urteil ersetzt werden kann.

Ein Zwang auf den Schwerbeschädigtenausschuß, der nach § 21 endgültig entscheidet, kann nicht ausgeübt werden, selbst wenn er gegen den Willen des Gesetzes entscheidet. Nur in dem Falle, wo mehrfache übereinstimmende Entscheidungen die unsachgemäße Einstellung der Hauptfürsorgestelle erweisen, kann im Wege der Dienstaufsichtsbeschwerde die Einstellung der vorgesehene Landesbehörde auf die Hauptfürsorgestelle angeregt werden. Auf eine bereits durch Beschluß des Schwerbeschädigtenausschusses endgültig abgeschlossene Entscheidung wird bei gleichbleibender Sachlage durch die Dienstaufsichtsbeschwerde keine Wirkung ausgeübt. Nur bei inzwischen veränderten Verhältnissen, die eine erneute Prüfung erfordern, kann eine Aufhebung oder Abänderung der Entscheidung stattfinden. Aber auch dann ist sie nur zulässig, wenn es sich nicht um die Kündigung eines Schwerbeschädigten nach § 13, sondern um Entscheidungen nach §§ 6 und 8 handelt. Würde dagegen die Entscheidung infolge Täuschung der Hauptfürsorgestelle durch einer Interessenten herbeigeführt, so ist sie nichtig und kann im Wege der Selbstanfechtung durch die entscheidende Behörde aufgehoben werden. Ferner ist die Hauptfürsorgestelle berechtigt, bei Eintritt veränderter Verhältnisse frühere Entscheidungen und Anordnungen abzuändern oder aufzuheben, wogegen erneut Gelegenheit zur Beschwerde an den Schwerbeschädigtenausschuß gegeben ist.

Recht verschieden wird von den Gerichten die Frage beurteilt, ob die Schwerbeschädigeneigenschaft auch dann die Vorteile des Gesetzes verbürgt, wenn sie dem Arbeitgeber bei der Einstellung nicht bekannt ist. Diese Frage ist zu bejahen. Der Schutz der Schwerbeschädigten ist im öffentlichen Interesse geschaffen und als soziales Schutzwort zwingendes Recht. Deshalb werden davon auch solche Verträge erfasst, die ohne besonderen Hinweis auf die vorhandene Schwerbeschädigeneigenschaft eingegangen sind. Dieser zwingende Charakter wird dadurch verstärkt, daß der Schwerbeschädigte, der ohne berechtigten Grund seinen Arbeitsplatz verläßt, nach § 19 seine Vorausstellung zeitweise verliert. Sein Eintritt in das Arbeitsverhältnis ohne Hinweis auf seine Schwerbeschädigeneigenschaft stellt keinen Verzicht auf seine Vorausstellung dar. Auch wenn er diese Eigenschaft erst während des Arbeitsverhältnisses erwirkt, tritt für ihn der gesetzliche Schutz ein. Dagegen hat in solchen Fällen der Arbeitgeber das Recht, den Vertragsabschluss wegen Irrtums anzufechten. Die Entscheidung ist davon abhängig, ob der Arbeitgeber bei verständiger Würdigung und Kenntnis der Verhältnisse den Vertrag eingegangen wäre. Die Anfechtung muß, um wirksam zu sein, unverzüglich erfolgen, nachdem der Arbeitgeber von der Schwerbeschädigeneigenschaft Kenntnis erhalten hat. Sie hat im Falle der Anerkennung die Wirkung, den Vertrag als von Anfang an als nichtig gelten zu lassen. Wird der Vertrag als nichtig erklärt, so endigt das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung, und dem Schwerbeschädigten steht ein Schadenersatzanspruch gegen den Arbeitgeber nicht zu. In der Regel wird auch der Arbeitgeber einen Schadenersatzanspruch gegen den Schwerbeschädigten nicht erheben können. Ist die Kündigung vor der Anerkennung der Schwerbeschädigeneigenschaft erfolgt, so bleibt sie auch nach erfolgter Anerkennung wirksam, und das Arbeitsverhältnis endet mit Ablauf der Kündigungsfrist, ohne daß es in diesem Falle einer Zustimmung der Hauptfürsorgestelle bedarf. Wird von dem Arbeitgeber trotz erlangter Kenntnis von der Schwerbeschädigeneigenschaft der Arbeitsvertrag nicht oder verspätet angefochten, so untersteht der Schwerbeschädigte dem Schutze des Gesetzes, und eine Lösung des Arbeitsverhältnisses ist nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zulässig. Diese Zustimmung kommt nur dann in Wegfall, wenn für die Entlassung des Schwerbeschädigten ein wichtiger Grund vorliegt, der zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses berechtigt.

Arbeiterschutz, Unfallverhütung, Gewerbehygiene

Alle behördlichen und sonstigen Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen, alle gleichgerichteten Bestrebungen der Arbeiterschaft haben nicht verhindern können, daß die Zahl der Betriebsunfälle von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Nach den Statistiken der Berufsvereinigungen beträgt die Zahl dieser Unfälle pro Jahr mehr als 500 000. Die reichsgesetzliche Unfallversicherung bietet den Verletzten bzw. den Hinterbliebenen einen ganz ungenügenden Ersatz; für die verlorene Gesundheit und das zerbrochene Lebensglück kann sie überhaupt keinen Ersatz bieten. Schon aus diesen Gründen ist der Unfallverhütung die größte Aufmerksamkeit zu schenken, und alle Berufsvereinigungen haben sich für größtmögliche Verhinderung der Unfallgefahren einzusetzen.

Wir wissen allerdings, daß noch so gute Unfallverhütungsvorschriften bei der in der kapitalistischen Wirtschaft üblichen jagenden Betriebsweise, die keine Rücksicht nimmt auf die physische Erschöpfung des Arbeiters, nur relativen Wert besitzen. Dennoch müssen wir alle Maßnahmen begrüßen, die darauf abzielen, die Unfallhäufigkeit herabzudrücken. Die Praxis hat bewiesen, daß der bloße Aushang der Unfallverhütungsvorschriften ungenügend war, deshalb ist man neuerdings dazu übergegangen, ähnlich wie in Amerika und andern Ländern, das Bild in den Dienst der Sache zu stellen. Zweifellos ist dieser Gedanke ein guter, denn das Bild lenkt die Aufmerksamkeit viel stärker auf sich als der tote Buchstabe. Die Tiefbauvereinigungen sind auf diesem Gebiete vorange-

gangen und hat neuerdings ihre Arbeit der Allgemeinheit zugänglich gemacht. In einem Sammelwerk „Die Unfallverhütung im Bilde“ hat sie 50 Bilder im Verlag von Reimar Hobbing herausgebracht. Die Bilder zeigen einmal das falsche Verhalten der Arbeiter und dessen Folgen und zum andern das richtige Verhalten, das den Unfall vermeiden sollte.

Um die Bildreihe der Unfallverhütung überall zugänglich zu machen, hat der Verband der deutschen Berufsvereinigungen eine gemeinnützige Unfallverhütungsbild G. m. b. H., ins Leben gerufen. Die Gesellschaft stellt unter Mitwirkung von Künstlern und Unfalltechnikern fortlaufend gute Unfallbilder her und sorgt für deren planmäßige Verbreitung. Gelegentlich werden einzelne Bilder als Flugblatt dem Arbeiter in die Hand gegeben. Betriebsleitern, Unfallvertrauensmännern und Betriebsräten sollen Sammelmappen zur Verfügung gestellt werden, die auch in Unfallstationen und Warterräumen jeder Art auszuliegen sind. Für Vortragzwecke, wie für den Unterricht in Hochschulen, Fachschulen, Vorbildungs-, Werkmeister- und Lehrerschulen und selbst in Volksschulen stehen außer Plakaten auch Lichtbilder (Diapositive) zur Verfügung, damit die Bildpropaganda durch die Propaganda des Wortes in Vorträgen unterstützt werden kann. Für die Tages- und Fachpresse sind Bildstöcke verkleinerter Bilder vorhanden. Das Kleinbild wird ferner in den Jahresberichten, in Kalendern, Handbüchern und Taschenbüchern, in den Unfallverhütungsvorschriften sowie in Leitfäden für den Unterricht über Unfallverhütung Aufnahme finden.

Erfreulich ist weiter, daß auch die Reichsarbeitsverwaltung gemeinsam mit dem Reichsversicherungsamt sich anschickte, durch volkstümliche Darstellung und bildliche Veranschaulichung dem Arbeiterschutz zu dienen. Sie gibt zu diesem Zweck seit Beginn dieses Jahres eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Arbeiterschutz“ heraus, welche als Sonderheft des „Reichsarbeitsblattes“ erscheint. Das Blatt erscheint unter Mitwirkung des Vereins deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten, des Verbandes der deutschen Berufsvereinigungen und der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene. Die erste Nummer bietet in Wort und Bild Zweckentsprechendes auf dem Gebiete der Unfallverhütung und Gewerbehygiene. Die Zeitschrift will das Interesse an der Sache dauernd wachhalten. Zu Worte kommen soll der Unfalltechniker, Statistiker, Psychologe und der Künstler. Falls die folgenden Nummern der ersten nicht nachstehen, muß der Zeitschrift weiteste Verbreitung gewünscht werden. Der Preis beträgt 1 M. pro Heft.

Unter der Überschrift „Arbeiterschutz“ befaßt sich auch ein Artikelstreiber in der „Zeitschrift“ mit der Neugründung. Sie bereitet ihm offenbar Unbehagen; er gibt der Meinung Ausdruck, daß sie sehr viel Kosten verursachen werde und einem wirtschaftlichen Verfall nahe komme, weil dies neue Blatt nur in beschränkter Nähe von den Beteiligten gelesen werde. Die Sorge des Artikelstrebenden ist wirklich rührend, doch er mag sich beruhigen. Das „Reichsarbeitsblatt“ wird in den führenden Arbeiterkreisen gelesen und diese werden nicht veräumen, das Material bei ihren Mitglieðern und insbesondere bei den Betriebsräten zu verwerfen. Das Sonderheft „Arbeiterschutz“ wird dem „Reichsarbeitsblatt“ sicher zahlreiche neue Leser bringen. Möge der Artikelstreiber in seinem Kreise dafür sorgen, daß die Neugründung die notwendige Unterstützung und Beachtung findet, dann dürften seine „Sorgen“ bald hinfällig werden.

B. Lo.

Das Heilverfahren in der Invaliden- und Angestelltenversicherung

Aus der erschreckend hohen Verbreitung der Tuberkulose in Deutschland ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit eines planmäßigen Heilverfahrens. Schätzungsweise sind im Jahre 1923 etwa 100 000 Menschen dieser Seuche zum Opfer gefallen. Jeder sechstzigste Deutsche leidet an Tuberkulose. Die dreitausend in Deutschland vorhandenen Tuberkulosefürsorgestellen verfügen bezeichnenderweise nicht annähernd über die Mittel, die zur Durchführung ihrer Fürsorgeaufgaben notwendig sind.

Die Landesversicherungsanstalten konnten ebenfalls aus finanziellen Gründen das Heilverfahren nur in beschränktem Umfang durchführen. Nach einer Zusammenstellung in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ haben die genannten Anstalten im Jahre 1922 in 249 926 Fällen Heilbehandlung gewährt. Davon betrafen 42 463 Fälle Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose, 39 972 Geschlechtskrankheiten, 44 798 sonstige Krankheiten und 122 693 Zahnkrankheiten. Von den seit 1897 bis 1922 überhaupt behandelten 2 556 843 Personen errielen 792 418 (31 Proz.) und von den Gesamtausgaben 58 Proz. auf Lungen- und Kehlkopftuberkulose. Ende 1922 befaßen die Versicherungsanstalten 53 Lungenheilstätten mit 7008 Betten und 54 Sanatorien, Gesehungsbetten, Krankenhäuser mit 5426 Betten. Wir wissen, daß ausreichender Lohn und gesunde Wohnverhältnisse die besten Vorbeugungsmittel gegen die Tuberkulose sind. Von der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht zu erwarten, daß sie nach dieser Richtung zur Bekämpfung der Seuche alles tun wird, was notwendig ist. Sie wird sich in der Hauptache auf die Bekämpfung der ausgebreiteten Krankheit beschränken. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die vorhandenen Bekämpfungseinrichtungen durchaus ungenügend sind. Soweit die Mittel der Versicherungsanstalten nicht ausreichen zum Ausbau der Heilfürsorge müssen allgemeine Mittel in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt werden. Die künstlichen Tuberkuloseverhältnisse in England sind nun Teil darauf zurückzuführen, daß dort schon vor 100 Jahren mit der Einrichtung von besonderen Säuglingsheimen begonnen wurde. Auch die Fürsorgestellen müssen zur Erfüllung ihrer hohen Aufgaben unbedingt ausreichend finanziert werden.

Im nachstehenden seien nunmehr die gesetzlichen Bestimmungen und die Grundsätze dargelegt, die bei Gewährung des Heilverfahrens in Frage kommen. Nach § 1289 der Reichsversicherungsordnung kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten, um die infolge einer Erkrankung drohende Invalvidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden. Daselbe gilt, wenn zu erwarten ist, daß ein Heilverfahren den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente wieder erwerbsfähig macht. Da es sich nur um Kannvorschriften handelt, besteht keine Verpflichtung, jedem Antrage auf Einleitung eines Heilverfahrens zu entsprechen. Ebenfalls ist ein Rechtsmittel gegen einen ablehnenden Bescheid gegeben. Die Landesversicherungsanstalten haben sich bestimmte Grundsätze für die Übernahme des Heilverfahrens gegeben. Aus den Grundsätzen der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, deren allgemeiner Inhalt wohl durchweg auch bei andern Anstalten Geltung besitzt, ergibt sich zunächst, daß ein Eingreifen in der Regel erst dann gegeben ist, wenn die Krankenkassen in dem erforderlichen Umfang eine weitere Fürsorge nicht gewähren und die Versicherten ein Heilverfahren auf eigene Kosten nicht durchführen können. Akute Krankheiten wie Typhus, Scharlach usw. kommen als Gegenstand des Heilverfahrens nicht in Frage, ebensowenig alle Krankheiten, bei denen die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit nicht zu erwarten steht. Der Genehmigung eines Antrages geht eine Untersuchung durch einen eigenen Vertrauensarzt, unter Umständen eine Beobachtung in einer Krankenanstalt voraus. Die dadurch entstehenden Kosten trägt die Anstalt. Im Falle der Beobachtung in einer Krankenanstalt hat der Kranke auch Anspruch auf angemessenen Ersatz der dadurch entstandenen Erwerbsverlängerung.

Die Dauer des Heilverfahrens richtet sich nach der zur Erzielung des Heilerfolges erforderlichen Zeit und wird von der Versicherungsanstalt bestimmt, sie soll in der Regel drei Monate nicht wesentlich überschreiten. Das Verfahren kann jederzeit eingestellt werden, wenn voraussichtlich ein Dauererfolg nicht erzielt wird; es kann andererseits wiederholt werden, wenn dies zur Sicherung eines günstigen Erfolges nach ärztlichem Ermessen notwendig ist. Die Versicherungsanstalt übernimmt die gesamten Kosten des Heilverfahrens einschließlich der Reisekosten, sofern sie die erforderlichen Maßnahmen angeordnet hat. Ein Zuschuß kann bei Besuch außerhalb des Bezirks der Anstalt gelegener Bäder, Heilstätten usw. gewährt werden. Die Versicherungsanstalt kann ihren Versicherten auch anteilmäßige Zuschüsse zu den Kosten der Beschaffung von künstlichen Gebissen, künstlichen Gliedern oder ähnlichen größeren Heilmitteln, wie Schienenstiefel, Stützvorsetz usw., gewähren. Der Zuschuß beträgt in der Regel bei Kranken, die einer Krankenkasse angehören und außerdem noch der Angestelltenversicherung unterliegen, ein Viertel, bei Versicherten die Hälfte der Kosten. Über die Gewährung von Beihilfen zur Beschaffung künstlicher Gebisse bestehen besondere, voneinander abweichende Grundsätze. Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein stellt als Bedingung, daß mindestens zehn Erlasszähne oder fünf Kauzähne in einem Kiefer erforderlich sind. Sie zahlt dann z. B. Kassenmitgliedern 1,35 M. pro Zahn, falls die Krankenkasse den gleichen Betrag gewährt. Pflichtversicherte der Angestelltenversicherung, die freiwillige Beiträge in der Invalidenversicherung leisten, erhalten keinen Zuschuß zum Zahnersatz. Die Versicherungsanstalt Schlesien macht die Gewährung eines Zuschusses davon abhängig, daß die Versicherten oder Witwen von Versicherten das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ein Antrag ist begründet, wenn weniger als zwei Kawapare (Backzahnpaare) vorhanden sind, wobei Weisheitszähne nicht mitgerechnet werden. Kassenmitglieder erhalten ein Drittel der festgesetzten Gebührensätze als Zuschuß. Ein Zwang zur Unterwerfung unter ein angeordnetes Heilverfahren besteht nicht. Entzieht sich aber ein Erkrankter ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund dem Heilverfahren und wäre die Invalvidität durch das Heilverfahren voraussichtlich verhütet oder beseitigt worden, so kann die Rente auf Zeit ganz oder teilweise versagt oder entzogen werden. Auf diese Folgen muß jedoch der Erkrankte zuvor hingewiesen werden.

Voraussetzung für die Übernahme des Heilverfahrens ist, daß der Erkrankte — oder soweit es sich um eine Witwe handelt, ihr Ehemann — ordnungsmäßig versichert war und die Warteseit erfüllt hat. Von letzterem kann jedoch abgesehen werden (ausgenommen das Zahnheilverfahren), dann müssen aber einschließlich etwaiger Krankheitszeiten mindestens 100 gültige Beitragswochen nachgewiesen werden. Bei Kranken, die voraussichtlich die Warteseit später erfüllen oder die wegen jugendlichen Alters die Warteseit noch nicht erfüllen konnten, kann unter Umständen auch von dem Nachweis geleisteter 100 Beitragswochen Abstand genommen werden.

Die Landesversicherungsanstalt hat Krankenkassenmitgliedern für die Dauer des Heilverfahrens das zu gewähren, was diesen die Kasse nach Gesetz und Satzung zu leisten hätte. Soweit kein Rechtsanspruch auf Lohn oder Gehalt besteht, erhalten die Angehörigen ein Hausgeld. Dieses beträgt bei Kassenmitgliedern in der Regel die Hälfte des Krankengeldes, bei Nichtkassenmitgliedern ein Viertel des ortsüblichen Tageslohnes.

Anträge auf Übernahme des Heilverfahrens werden zweckmäßig bei den Versicherungsämtern, den zuständigen Ortsbehörden und den Krankenkassen gestellt, die dann den Antrag an die Versicherungsanstalt weiterleiten. Vorbrücke sind den Behörden zur Verfügung gestellt und werden auf Erfordern zugesandt. Dem Antrage ist beizufügen eine Inhaltsbescheinigung über die letzte Quittungskarte und ein ärztliches Gutachten nach vorgeschriebenem Formular. Die für letzteres entstehenden Kosten übernimmt die Anstalt.

In der Angestelltenversicherung kann ein Heilverfahren erleichtert werden, wenn es zur Erhaltung der Berufsfähigkeit des Versicherten oder zur Wiederherstellung der Berufsfähigkeit eines Ruhegeldempfängers erforderlich erscheint. Vorbedingung ist, daß der Versicherte

mindestens für zwölf Monate Beiträge entrichtet hat, wobei Beiträge zur Invalidenversicherung angerechnet werden können. Ist der Eintritt in die Angestelltenversicherung erst nach dem 31. Dezember 1922 erfolgt, so rechnen die zwölf Monate vom Tage der Ausstellung der ersten grünen Versicherungskarte. Die Reichsversicherungsanstalt trägt die Kosten des Heilverfahrens, zahlt den Angehörigen ein Hausgeld in Höhe von mindestens drei Zwanzigstel des zuletzt gezahlten Monatsbeitrages und bedürftigen unverheirateten Versicherten unter gewissen Voraussetzungen ein kleines Tagelohn. Zu den sogenannten „größeren Heilmitteln“ (künstliche Gliedmaßen, orthopädische Stützapparate usw.) kann ein angemessener Zuschuß gewährt werden. Anträge werden zweckmäßig unmittelbar bei der Reichsversicherungsanstalt, Abt. II H, in Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, eingereicht. Der bei der Reichsversicherungsanstalt, den Ortsauschüssen oder den Vertrauensmännern der Versicherung erhältliche Antragsvordruck muß genau ausgefüllt werden. Soweit ein Zahnheilverfahren gewünscht wird, haben Krankenkassenmitglieder diese Anträge lediglich bei ihrer Krankenkasse einzureichen. Es empfiehlt sich weiter, das bei obigen Stellen zu beziehende Merkblatt vorher genau durchzulesen.

Korrespondenzen

Berlin. (Schriftsetzer.) Eine stark besuchte Versammlung in den hiesigen Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 3. März nahm Stellung zu den Anträgen der Unternehmer auf Lohnabbau und Einführung neuer Altersklassen. Nachdem ein diesbezügliches Anschreiben verlesen worden war, sprach die Gehilfenchaft ihre schärfste Entrüstung darüber aus. Man versteht es einfach nicht, daß in einem Gewerbe, wie dem der Schriftsetzer, das durch irgendwelche gewerbliche Verhältnisse im letzten Jahre nicht erschüttert wurde, die Unternehmer sich erlauben, die Arbeiterchaft derartig zu provozieren und einen Lohnabbau vornehmen wollen. Die Löhne, die man heute zahlt, sind noch nicht die Friedensreallohn, ja sie liegen noch viel weiter zurück. Auf der einen Seite Lohnabbau, auf der andern Seite einen größeren Profit. Diejenigen Leiden ruhig zuzusehen, ist die Gehilfenchaft nicht mehr gewillt, sie verlangt auskömmliche Löhne. Sollten die Unternehmer trotzdem auf ihrem Beschluß bestehen bleiben, so wird die Gehilfenchaft ihren Mann stehen und den Kampf geschloffen aufnehmen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 3. März 1925 in den „Kammerjalen“ tagende Versammlung aller in den Berliner Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Anträgen der Unternehmer auf Abbau der Löhne, die sich weit unter den Friedensreallohn bewegen. Sie erblicken in diesem Verhalten eine Provokation der Arbeiterchaft, die geeignet ist, den Frieden im Gewerbe auf das schwerste zu erschüttern. Die Versammelten sind entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an den von der Organisation gestellten Vorbedingungen festzuhalten und beauftragen ihre Vertreter, in diesem Sinne zu handeln. Die Verantwortung der sich daraus etwa ergebende Erschütterung im Gewerbe fällt auf das Verhalten der Unternehmer zurück.“

Breslau. (Drucker — Vierteljahrsbericht.) Es fanden drei Monatsversammlungen statt. Ein technischer Vortrag wurde über „Drei- und Vierfarbendruck“ vom Kollegen Brodel gehalten. Der Kreisvorsitzende berichtete über die Grünberger Landesversammlung. Leider hatte sich nur ein kleiner Teil der Breslauer Kollegen daran beteiligt. Am 25. Januar fand eine Wanderveranstaltung in Breslau statt. Es waren dazu Kollegen erschienen aus Brieg, Oppeln, Löwen, Liegnitz, Grünberg und Sauer. Eine Teilnehmerzahl von 150 Kollegen war zu verzeichnen. Nach dem Empfang fand eine Besichtigung der Druckerei unserer Arbeiterpresse, der „Volkswacht“, statt. Die Geschäftsleitung war uns in dankenswerter Weise entgegengekommen, um den auswärtigen Kollegen eine im neuesten Stil eingerichtete Druckerei zu zeigen. Der Geschäftsleiter sowie den Kollegen, die sich in den Dienst der Sache gestellt haben, unsern besten Dank. Nach der Besichtigung fand im Schulmuseum ein Vortrag statt über den Anlageapparat „Rotary“. Kollege Weber gab an der Hand von Zeichnungen und Lichtbildern einen ausführlichen Bericht über den Rotary-Apparat, der allseitige Anerkennung fand. Dem gemeinsamen Mittagessen folgte nachmittags ein Rundgang durch die Stadt, dem sich ein gemütliches Beisammensein anschloß.

Dresden. (Schriftsetzer.) In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 2. März gab der Vorsitzende einen Bericht über die bevorstehenden Akkordtarif- und Lohnverhandlungen. Es wurden in Kürze die besonderen Schwierigkeiten besprochen. Aber die Beschäftigungsanträge der Unternehmer kam es zu einer scharfen Kritik. Nun sollte endlich einmal die Zentralkommission so handeln wie die Unternehmer und unsern Lebensbedürfnissen Rechnung tragende Anträge stellen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln deren Durchführung in die Wege leiten, sonst könnte es doch noch so weit kommen, daß man der Zentralkommission die Gefolgschaft verweigere und in dieser Zeit der Hochkonjunktur und des glänzenden Geschäftsganges (siehe Preiserhöhungen der Erzeugnisse) zur Selbsthilfe schreiten würde. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Frankfurt M. (Schriftsetzer.) Die versammelten Betriebsräte, die Vertreter der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen und Vorstand, als die berufenen Vertreter der Frankfurter Schriftsetzereiarbeiter und Arbeiterinnen, nehmen mit Empörung Kenntnis von den Lohnabbauanträgen der Unternehmer. Die seit dreizehn Monaten gute Geschäftslage des

Schriftsetzergewerbe rechtfertigt in keiner Weise einen Lohnabbau. Die Preise aller Bedarfsartikel, deren steigende Tendenz in der reichsamtlichen Indexziffer nur unvollkommen und in zweifelhafter Weise zum Ausdruck kommt, bedingen eine angemessene Lohnerhöhung im Schriftsetzergewerbe. Die Versammlungen erwarten von ihren Vertretern, daß sie sich mit allen Kräften für die Erreichung einer entsprechenden Lohnerhöhung einsetzen; sie geloben, daß sie einem etwa an sie ergebenden Ruf, unsere Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln Nachdruck zu verleihen, einmütig folgen werden.

Hamburg. (Schriftsetzer.) In der Versammlung am 3. März unterzog Vorsitzender Hausmann die auf Lohnabbau gerichteten Anträge der Prinzipale einer eingehenden Besprechung. In der regen einseitigen Diskussion sprach sich allseits die Empörung Bahn und sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß die Prinzipalsanträge geradezu eine Provokation der Arbeitnehmerkraft bedeuten. Es wurde schließlich folgende Entschliessung gefaßt: „Die am 3. März tagende Versammlung der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Hamburg-Altonas nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Anträgen der Prinzipale zu den kommenden Tarifverhandlungen. Sie erblickt in diesen Anträgen eine Provokation der Arbeitnehmerkraft und erklärt, auf Grund dieser Anträge überhaupt nicht zu verhandeln. Sie fordert von ihren zu den Tarifverhandlungen zu entsendenden Vertretern, daß sie gegen diese unsern billigen Forderungen hohnsprechenden Anträge schärfsten Front machen. Wir erklären uns bereit, den Kampf gegen diese, gefinde gesagt, unverhältnismäßigen Zumutungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln aufzunehmen. Weiter fordern wir, daß die Firma Scheller & Giesecke (Leipzig) unbedingt dem Reichsmantelarif unterstellt wird. Im übrigen ersieht die Versammlung aus neue aus den Prinzipalsanträgen das von Arbeitsseite stets betonte Wohlwollen.“

Kaiserslautern. (Vierteljahrsbericht.) In der Dezemberversammlung wurde zweier verstorbenen Kollegen gedacht, die als vorbildliche Verbandsmitglieder sich ein dauerndes Gedenken gesichert haben. Nach zwei Neuaufnahmen wurden den Kranken, Invaliden und Arbeitslosen Weihnachtsspenden zugebracht. Ein Vortrag des Kollegen Binder (Neustadt a. d. S.) über „Die deutsche Sprache“ bildete den Schluß der Versammlung. — Die Generalversammlung am 1. Februar zeigte im Geschäfts- und Kassenbericht die fühlbare Wiederaufwärtsbewegung der Organisation. Die Neuwahl bestätigte die Zufriedenheit der Kollegen mit der bisherigen Geschäftsführung durch Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Den neuabgeschlossenen Tarif erklärte die Versammlung für annehmbar; sie erkenne an, daß die Geschäftsvertreter sich durchaus des Rückhaltes der Kollegen versichert halten könnten. Ein Geldschein für die Pfälzer Kollegenchaft soll das diesjährige Johannisfest in Neustadt a. d. S. bilden, zu welchem Kaiserslautern seine Beteiligung beschloß.

München. (Schriftsetzer, Stereotypen und Galvanoplastiker.) Unsere Generalversammlung, die auch von Regensburg besucht wurde, fand am 8. Februar statt. Nach Ehrung eines verstorbenen Kollegen und Erledigung von drei Aufnahmen erstattete Vorsitzender Stettin den Jahresbericht. Den Kassenbericht gab Kollege Joseph Hemmerich und es wurde ihm Entlastung erteilt. Zum Tarifabschluß, speziell zu unsern Sonderbestimmungen, fand die Protokollklärung betreffend Ungelernte Mißbilligung und Ablehnung. Ohne von Spartenegoismus befangen zu sein, befriedigte der in Zeiten hochstehender Konjunktur geschaffene Tarif nicht. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde dieser mit einigen Veränderungen einstimmig wiedergewählt. Kollege Wöberl (Regensburg) erstattete noch Bericht vom dortigen Ort und Bezirk. Verschiedene interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der gesuchten Versammlung.

Offenbach a. M. (Schriftsetzer.) Der Verein der Schriftsetzerarbeiter und Arbeiterinnen hielt am 4. März eine von allen Mitgliedern besuchte Versammlung ab, in der Stellung zu den Abbauplänen der Unternehmer im Schriftsetzergewerbe genommen wurde. Nach Bekanntgabe der Unternehmeranträge folgte eine von Empörung erfüllte Aussprache, in der von allen Rednern die von den Unternehmern für die Verhandlung am 9. März gestellten Anträge in gebührender Weise zurückgewiesen wurden. Es wurde dann folgende Entschliessung einstimmig gefaßt: „Seit der Stabilisierung der Mark ist die Konjunktur im Schriftsetzergewerbe glänzend. Das Geschäft der Schriftsetzereibehälter so vorzüglich, wie es wohl in keinem andern Gewerbe mehr zu verzeichnen ist. Allen Anzeichen nach hält diese Konjunktur, und somit das glänzende Geschäft der Unternehmer, noch monatelang an. Trotz dieses vorzüglichen Geschäftsganges liegt der Reallohn der Schriftsetzerarbeiter und Arbeiterinnen hinter dem der Vorkriegszeit zurück. Geradezu hohnsprechend ist es deshalb, wenn die Unternehmer Anträge von 10 bzw. 20 Proz. Lohnreduzierung, Einführung neuer Lohnklassen stellen, zumal wenn man bedenkt, daß durch die neue Steuererhebung und die zu erwartende Einführung der Friedensmiete sich das Lohnniveau der Arbeiter selbst bei einer Lohnerhöhung senken wird. Die Mitgliedschaft verlangt von allen in Berlin bei den Verhandlungen anwesenden Arbeitnehmervertretern, daß sie unbedingt eine beträchtliche Lohnerhöhung durchdrücken sowie die Lohnklassen für Ledige und das Arbeitszeitabkommen beseitigen. Sämtliche Arbeitnehmer im Schriftsetzergewerbe stehen geschlossen hinter ihren Unterhändlern und werden im Notfalle vor den schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmitteln nicht zurückschrecken.“

Offenbach a. M. In unsern Hauptversammlung am 8. Februar wurde zunächst auf die Urabstimmung und deren Bedeutung hingewiesen. Nachdem die Rehringsfrage gestreift worden war, erfolgten mehrere

Neuaufnahmen sowie die übliche Ehrung eines verstorbenen Gießerkollegen. Hieran schlossen sich die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers, die mit Befriedigung entgegengenommen wurden. Die Wahlen der einzelnen Funktionen ergaben die Wiederwahl der leistungsmächtigsten Kollegen. Die Beiträge blieben dieselben. Die Berichtserstattung von den Tarifverhandlungen seitige eine lebhafteste Aussprache. Ein Antrag, sich die Hamburger Resolution zu eigen zu machen, verlief jedoch schon in der Aussprache ohne Zustimmung der Ablehnung. Der Gaiungendtag in Marburg soll besucht werden; auch der Arbeiterbank in Berlin wurde gedacht. Mit einem Hinweis auf die Bülcherstraße wurde die Versammlung geschlossen.

Düsseldorf. Unsere Generalversammlung am 7. Februar war fast vollständig besucht. Nach dem vom Vorsitzenden und Kassierer eintestatteten Jahres- und Kassenbericht wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kollege Rebecky hielt alsdann einen Vortrag über „Die neuen Aufgaben des Gewerkschaften“. Mitte März findet hier die Bezirksversammlung des Bezirks Bielefeld statt. Auch im Mai soll unser Städtchen nochmals Tagungsort der Buchdrucker sein, und zwar des Schlesiens Maschinen-seherversins, Bezirk Breslau.

Schweinfurt. In unserer Generalversammlung wurden Kollege Diehl als Vorsitzender und Kollege Klein als Kassierer wiedergewählt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß hier die Konjunktur des Gewerbes, auch vor dem Kriege, nie so gut war wie jetzt. Die große Mehrzahl der Kollegen wird über Tarif bezahlt. Infolge des Amnestieverlasses des Verbandsvorstandes sind jetzt wieder sämtliche hier stehende Gehilfen organisiert.

Witzsburg. Auf ein hundertjähriges Bestehen konnte am 14. Februar die graphische Kunstanstalt Franz Scheiner zurückblicken. Während am Morgen des Jubiläumstages eine Deputation einen Lorbeerkranz mit entsprechender Widmung an der Gruft der Familie Scheiner niederlegte, vereinigten sich am Abend Firmeninhaber, Angestellte und Arbeiter zu einer Jubiläumsfeier, die einen würdigen und schönen Verlauf nahm. Bei Konzert, Festessen, Tanz und perlendem Wein, durchschossen von herrlichen Liedervorträgen eines jugendlichen Kollegen, entwickelte sich bald die richtige Jubiläumstimmung, zumal am Morgen bereits durch Auszahlung eines Extrawochenlohnes — bei Jubilaren entsprechend mehr — der richtige Resonanzboden geschaffen war. Ebenso wurde der Betriebsunterstützungsfasse durch Überweisung von 5000 M. frisches Blut zugeführt. Mögen alle die guten Vorsätze und Wünsche, die des öfteren aus den gehaltenen Reden herausklangen, in Erfüllung gehen!

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jährige Verbandsjubiläen)

Georg Bertram (jetzt Invalid); Johannes Fränkel (jetzt Kondition: „Leipziger Volkszeitung“); Hermann Friedrich (jetzt Invalid); Gustav Funke (jetzt Invalid); Gustav Engelbach (jetzt Kondition: Paul [Gutenberg-Druckerei]); Adolph Hiller (jetzt Kondition: Grimme & Trömel); Wilhelm Hüvelhorn (jetzt Kondition: Spamer); Heinrich Krosche (jetzt Kondition: Stephan); Friedrich Langer (jetzt Invalid); Heinrich Lütge (jetzt Invalid); Bernhard Müller (jetzt Invalid); Hermann Müller (jetzt Kondition: Giesecke & Devrient); Gustav Pevold (jetzt Invalid); Bernhard Pöhlner (jetzt Kondition: Teubner); Richard Roth (jetzt Kondition: „Leipziger Volkszeitung“); Robert Rifer (jetzt Invalid); Albert Schoppa (jetzt Kondition: Bernhard Meyer); Adolf Schumann (jetzt Invalid); Friedrich Schauer (jetzt Kondition: Fischer & Wittig); sämtlich in Leipzig.

Allgemeine Rundschau

Die Bestattung Gustav Eiffers betreffend. Wie uns der Verbandsvorstand mitteilte, erfolgt die Einäscherung des Kollegen Eiffer am Montag, dem 9. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium zu Wilmersdorf, Berliner Straße (Untergrundbahnhof Fehrbelliner Platz). Im Sinne des Verstorbenen wird gebeten, von Kranzspenden Abstand zu nehmen.

Nachahmendes Beispiel. Die Buchdruckerei Knorr & Hirth („Münchener Neueste Nachrichten“) in München veranstaltete am 28. Februar in den Räumen des „Deutschen Theaters“ einen Festabend, zu dem sämtliche Angehörige des Betriebes mit ihren Frauen eingeladen waren. Über 100 Jubilaren wurde die silberne resp. goldene Verdienstmedaille überreicht. (Die Ehrung nebst Überreichung eines namhaften Geldgeschenkes geschieht jeweils am Jubiläumstage.) Die „Inflationsjubilare“ erhielten außerdem noch eine Nachzahlung von je 100 Mark. Allen Familienvätern wurde für jedes Kind ein Betrag von 10 Mark ausgehändigt. Während 150 Kellner für das feierliche Wohl der Anwesenden sorgten, trugen Liedervorträge des Buchdrucker-Gesangsvereins München sowie künstlerische und humoristische Darbietungen zur Verschönerung des Festes bei.

Internationale Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenfeger. Das Internationale Buchdruckersekretariat hat auf Wunsch des Zentralkomitees des Schwedischen Typographenbundes im November 1924 eine neuerliche Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenfeger in 25 Ländern veranstaltet. Die

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Heft 4 (Hohenpolitik). Verlag J. G. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin SW 68.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Nr. 1. Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen, Berlin SW 19. Bezugspreis jährl. 1,20 M.

Briefkasten

M. B. in B.: Die zehn Gebote werden gelegentlich Unterschätzt finden. — E. R. in J.: Wird aufgenommen. — E. S. in B. und L. in Hm.: Wird unter teilweiser Ausmerzung von Abschreibungen aufgenommen, womit sich auch der Urheber abscheiden möchte. — M. G. in B.: Wird aufgenommen. — R. M. in G.: Berechnungskette des Deutschen Buchdrucker-Bereichs in Halle a. d. S., Steinweg 23. — W. B. in J.: Zur Veröffentlichung ungeeignet. Bleibt Sache des betreffenden Bezirksvorstandes. — P. N. in G.: Inf. 940: 2,70 M. — M. G. in Tr.: Inf. 962: 3,30 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüreau Berlin SW 20, Chausseepark 511. Fernruf: Amt Kurier Nr. 1191. Lichtelektr. Berlin Nr. 102387 (B. Schweinitz)

Warnung vor einem Schwindler! Der Bruder Wilhelm Schenck aus Mainz i. R. hat versucht unter unwahren Angaben bei der Verstrickung Geld zu erschwindeln, was ihm auch in mehreren Fällen gelangt ist. Hier erzählt er, er sei aus der Schweiz ausgewiesen und wolle hier in Stellung treten. Anfragen bei der betreffenden Firma bestätigten dies, aber der betreffende Kollege fing an dem Tage nicht an, es grüßte ihm, Geld zu bekommen, er mußte aber seine Papiere zur Sicherheit hinterlegen. In Hamm hat er Geld erschwindelt, seine Papiere seien ihm gestohlen, er zeigte dort eine vollständige Bescheinigung vor, Verbandsbuch hat er nicht, wohl aber eine Mitgliedskarte Nr. 23323. Wir warnen die Kollegen und wünschen, die Bescheinigung ihm abzunehmen. Die Papiere kann er bei Einfindung des erschwindelnden Vorstufes zurückbekommen.

Einzel (Tarifkonflikt) Bei der Firma S. Kligger & Co. in Einbeid sind die Kollegen in Streit getreten, weil die Anerkennung des Tarifs und Zahlung tariflicher Löhne verweigert wird. Bei Konditionsangeboten sind Erfindungen beim Bauvorsitzer G. Pflügen, Hannover, Altonastr. 7, II., einzulegen. Zuwiderhandeln zieht den Ausschluss nach sich.

Eberfeld. Bei der Firma S. m. Lucas in Eberfeld sind die Gehilfen (rund 100) wegen Lohnhöhen in den Streit getreten. Vor Zutritt wird gewarnt.

Adressenveränderungen

Mittlerh. Vorsitzender: Otto Schöps, Feldstraße 37; Kassierer: Arno Lühner, Lüpferwall 26.

Mannheim. (Maschinenseker.) Vorsitzender: Ernst Kleiner, Kofertaler Straße 33; Kassierer: Jakob Kraus, Meeresstraße 14.

Zur Ausnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im **Sau Frankfurt** haben die Seher Otto Wobbenhoffer, geb. in Wien 1900, ausget. Inf. 1917; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Repets in Frankfurt a. M., Altherbigenstraße 51, III.

Im **Sau Mittelrhein** die Seher I. Karl Langschied, geb. in Attendley 1844, ausget. in Limburg (Wahn) 1913; war schon Mitglied; 2. Karl Schöfer, geb. in Gudinghen 1874, ausget. in Diez (Wahn) 1922; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Courabi in Mannheim P. 4, 4/5.

Im **Sau Mecklenburg-Vorp.** die Seher 1. Friedrich Ralick, geb. in Wolbeck i. W. 1803, ausget. Inf. 1922; 2. Heinrich Kleinow, geb. in Bad Döberitz 1900, ausget. Inf. 1918; 3. Heinrich Ralick, geb. in Rostock 1801, ausget. Inf. 1919; 4. der Schweizerdegen Paul Seifert, geb. in Gultrow 1892, ausget. Inf. 1921; die Bruder 5. Otto Groth, geb. in Bad Kleinen 1902, ausget. in Schwedt 1921; 6. Paul Seifert, geb. in Arfhanewitz 1901, ausget. in Gultrow 1920; 7. Franz Liesenthal, geb. in Göttingen 1903, ausget. in Schwedt 1922; waren schon Mitglieder; die Seher 8. Walter Soltzow, geb. in Friedland i. W. 1910, ausget. Inf. 1919; 9. Franz Jiraw, geb. in Jarpen i. W. 1903, ausget. Inf. 1921; 10. Paul Reinberg, geb. in Röllin (Rügen) 1905, ausget. in Weizh i. W. 1923; 11. Paul Schönberg, geb. in Rohna i. W. 1901, ausget. Inf. 1920; 12. der Bruder Walter Seifert, geb. in Berlin 1903, ausget. in: Tröpelin 1922; waren noch nicht Mitglieder. — L. Thade in Schwerin i. W., Rostocker Straße 19.

Veranstaltungskalender

Mittlerh. Versammlung Sonnabend, den 7. März, abends 8 Uhr, im „Fischerhaus“ (Zimmer 5).

Berlin. Maschinensekerversammlung Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Canal 4 (Großer Saal).

Belfisch. Monatsversammlung Mittwoch, den 11. März, abends pünktlich 8 Uhr, in der „Eberlymühle“.

Zwickau. Versammlung Sonnabend, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Becher“.

Anzeigengebühr: die sechsspaltige Zeile 15 Goldpfge. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Lodesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpfge. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefristen: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postk. (Leipzig Nr. 613 28).

Redakteur

Republikaner, der fähig ist, selbständig zu arbeiten, zum baldigen Eintritt gesucht.

Angebote mit Bild, Zeugnissen und Gehaltsforderungen unter Nr. 937 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Anzeigenakquisiteure

an allen Orten, für auswärtsreiche Sache, sucht. [018] Heimat-Verlag, Hamburg, Marienburger Straße 38.

Einige tüchtige Werkmeister

und ebenso noch einige [886]

tüchtige Seher

finden in größerer Druckerei dauernde Stellung bei guter Bezahlung. Angebote mit Zeugnisabschriften aus den zwei bis drei letzten Stellungen, Altersangabe, Lohnansprüche und ob verheiratet, erbeten unter K. E. 2401 „Mettner“ an Altkassenschein & Vogler, Kärkerstraße 1. B.

Für unsere Werkdruckerei suchen wir einen tüchtigen

Korrektor

der über gute Sprache und Sachkenntnis verfügt. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an [815] Diercksche Hofbuchdruckerei, Altenburg (Thür.).

Gewissenhafter Korrektor

und tüchtige Handscher

finden dauernde Stellung bei [034] Paul Dännhaupt, Köthen i. Anhalt, Buchdruckerei und Verlag.

Mehrere tüchtige Alzidenzseher

für dauernde Stellung gesucht. [039] Hermann Klotow, Berlin S 14, Alexandrinenstraße 77.

Mehrere

Inseraten- und Alzidenzseher

werden für eine neue Druckerei in der Nähe Leipzigs zum sofortigen oder späteren Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnforderungen und des frühesten Eintritts unter Nr. 939 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlnstr. 7.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen ersten

Alzidenzseher

und einen tüchtigen, umsichtigen [051]

Schriftsetzer

als Setzungs- und Werkmeister. Da Wohnungsangelegenheiten bedingte bevorzugt. Müßl. Zimmer wird besetzt. Fahrgeld nach mehrwöchiger Tätigkeit zurückverlangt. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Angabe der Lohnforderung und des eventuellen Eintrittstermins erbeten.

Albert Heine, Buchdruckerei und Verlagsanstalt, „Cottbuser Anzeiger“, Cottbus.

Tüchtiger Alzidenzseher

gesucht. [020] Buchdruckerei Gremm, Mannheim.

Nach München!

Wir suchen einige jüngere, tüchtige [019] Alzidenz- und Inseratenseher deren Leistungen aber dem Durchschnitt stehen.

Gebirder Marcus A. G., München.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen nicht zu Jungen, selbständigen [043]

Alzidenzseher

Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen Ihre Angebote einbringen. [043] Döring'sche Buch- und Kunstdruckerei, Kaiserstraße 1, Baden.

Tüchtiger Alzidenzseher

für dauernde Beschäftigung zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und näherer Bedingungen an: [050] Junghaus & Kocher, Licht- und Buchdruckerei, Meiningen (Thür.).

Mehrere tüchtige

Werk-, Alzidenz- und Inseratenseher

zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. [803] Fredebeul & Koenen, Essen.

Jüngere Alzidenzseher

finden bei guten Leistungen Dauerstellung gegen gute Entlohnung. [057] Buchdruckerei Hermann Jürgensen, Altona (Elbe), Wehlstraße 28/33.

Jüngerer, fester

Alzidenzseher

zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung gesucht. [813] C. G. Seidel, Buchdruckerei, Waldheim i. Sa.

Typographseher

für V-Maschine werden sofort gesucht. Angebote sind zu richten an [883] Julius Delk, Langensalza.

Gelübte Monotypeseher

für Coaster zum sofortigen Eintritt gesucht. [914] Buchdruckerei Halberg & Büchling, Leipzig.

Ein tüchtiger

Schweizerdegen

zum sofortigen Eintritt in angenehme Stellung gesucht. [914] Theodor Kromann, Leipzig, Bayerische Straße 28.

Schweizerdegen

für Werkdruckerei (vorwiegend Drucker) sofort in Dauerstellung gesucht. [910] Gottfr. Pöh, Naumburg a. d. S.

Tüchtige Maschinenmeister

die mit Apparatentechnik Universal und König vertraut sind, für Werke, Platten- und Illustrationsdruck sofort gesucht. [915] Buchdruckerei Halberg & Büchling, Leipzig.

Rotationsmaschinenmeister

für 48seitige Vogeländliche Zeitschriften-Rotationsmaschine sofort in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Gehaltsangabe und Eintrittsdatum erbeten. [900] Buchdruckerei Halberg & Büchling, Leipzig.

Für unsere Alzidenzdruckerei, in der vorwiegend Qualitätsarbeit hergestellt wird, suchen wir [017]

zwei Maschinenmeister und

zwei Handscher

die mit den Anforderungen, die an eine moderne Druckfabrik gestellt werden, vertraut sind. [917] „Duisburger Generalanzeiger“, Duisburg, Abt. eines Alzidenzdruckerei.

Buchdruckmaschinenmeister

sofort gesucht. [020] C. Beckers Buchdruckerei, Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide, Alzen i. Hann.

Tüchtige Alzidenz- und Anzeigenseher

für sofort gesucht. [905] „Niederbayerische Volkszeitung“, G. m. b. H., Alzen i. Hann.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt [829] mehrere Seher Vereingelte Kunstanstalten A. G., Kaufbeuren.

Tüchtiger Linotypeseher

sofort gesucht. [827] „Mühlheimer Generalanzeiger“, Mühlheim (Ruh.).

Tüchtige Maschinenseher

für abwechselnd Tage und Nachtschicht sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an [943] J. C. S. Pfendhahn & Sohn, A. G., Chemnitz, Theaterstraße 4-10.

Wir suchen zum baldigen Eintritt tüchtigen und zuverlässigen [847] Linotypeseher

Nachgeliefert, möblierter

Zimmer wird auf Wunsch besetzt. Angebote erbeten. [915] „Cottbuser Anzeiger“, Cottbus.

Tüchtige Maschinenmeister

für Illustrations- und Werkdruck (Universalfänger) in gutbezahlte Stellung für sofort oder später gesucht. [900] Angebote mit Gehaltsangabe an

Orphanen Alzidenzseher

vorm. C. Grumbach, Leipzig, Marienstraße 14.

Zellenmaß

6 Maße auf Manufakturton, CO-Pr. A. Egel, München 9.

Typographseher

nach Frankfurt a. M. in Dauerstellung gesucht. [933] Angeb. erbeten unter Nr. 934 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlnstraße 7.

Schweizerdegen

gleich tüchtig am Kasten, Schnellpresse und Leger, im Typsetzmaschinenbau erfahren, sowie [967]

Schriftsetzer

für sofort gesucht. [967] W. Klaffen, Essen, Witterlingstraße 66.

Suche zum sofortigen

Eintritt erfahrenen [933] Maschinenmeister für Tegel und Schnellpresse Dauerstellung.

Gustav Peters, Alzidenzdruckerei, Lüneburg.

Erfahrene

Maschinenmeister für Illustrations- und Werkdruck (Universalfänger) in gutbezahlte Stellung für sofort oder später gesucht. [900] Angebote mit Gehaltsangabe an

Orphanen Alzidenzseher

vorm. C. Grumbach, Leipzig, Marienstraße 14.

Zellenmaß

6 Maße auf Manufakturton, CO-Pr. A. Egel, München 9.

